

# Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postfachkonto: Dresden.  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Verleger:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkath.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6000.— M., durch die Post bezogen monatlich 6000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1700.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettnerplatz 10. Tel. 25281.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 25281.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareillezeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 3spaltige Reklamezeile 1600.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienangehörige, Stellen- u. Miergeheute 40 Proz. Rabatt. Für Kleinverleger 150 M.

Nr. 97

Dresden, Donnerstag den 26. April 1923

34. Jahrg.

## Die Politik des Zauderns

Berliner Meldungen besagen, daß die Regierungspreffe folgendes berichtet:

Nach dem bisherigen Verlaufe der Beratungen der Reichsregierung über die durch die Curzon-Rede geschaffene Lage sei damit zu rechnen, daß eine sehr rasche Aktion des Kabinetts nicht in Frage komme. Fest steht allerdings nach der genauen Prüfung der Curzon-Rede, daß das Kabinett einen Schritt unternehmen werde, der als Antwort auf die Anregungen des englischen Außenministers zu gelten habe, auch soll bereits beschlossen sein, daß dieser Schritt die Form einer Note haben werde, die sich an die Gesamtheit der Entente mächtige richte. Ueber den Inhalt der Note heißt es, daß das Kabinett Cuno nicht mit einem neuen, äussernächlich begrenzten Angebot hervortreten werde, vielmehr solle die geplante Note an die bisherigen Angebote der Regierung anknüpfen. Bevor aber irgendwelche Schritte unternommen würden, sollen ausführlich Sachverständige und Führer der politischen Parteien gehört werden. Uebereinstimmung bestünde im Kabinett darüber, daß auch für den Fall von Verhandlungen der passive Widerstand nicht abgebrochen werden dürfe.

Es ist wahrscheinlich, daß diese Brehmungen die Stimmung in der Regierung Cuno richtig wiedergeben. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß das Kabinett Cuno mit einem entscheidenden Schritte zögert, ja, daß es überhaupt zweifelhaft ist, ob ein fester, entscheidender Schritt geplant ist. Man verbringt die Zeit mit allerlei unähnlichen Vorerwartungen, Vebegung von Prüfungsfragen in England usw., und will nicht sehen, daß die Lage jetzt klare und deutliche Schritte erforderlich macht. Wenn die deutsche Regierung Verhandlungen ernsthaft will, so ist es jetzt an ihr zu handeln. Und wenn sie die Aufrechterhaltung des Widerstandes im Westen sichern und fortführen möchte, so muß nun etwas hoffnungsvoll Vorwärtstreibendes geschehen.

Berlin, 25. April. (S. P. D.) Am Mittwoch trat der Reichsausschuss der Deutschen Industrie zur Beratung der Reparationsfrage zusammen. Die Sitzung war durch die am Dienstag erfolgte Besprechung des Reichsländers mit der Industrie veranlaßt. Sie galt insbesondere der Garantiefrage, der Scheinbar an die Reichsregierung für ihr neues Angebot an die Reparationskommission besondere Bedeutung beilegt. Im übrigen gewinnt innerhalb der Regierung die Auffassung Oberhand, daß in Anbetracht der durch die Belegung des Ruhrgebietes geminderten deutschen Leistungsfähigkeit die Forderung einer festen Summe unangebracht sei. Herr v. Rosenfeld ist der strikte Vertreter dieser Meinung, die von nahebeienden Kreisen der Sozialdemokratie nicht geteilt wird. Auch ein Teil der bürgerlichen Fraktionen dürfte sich dieser Auffassung nicht anschließen. Doch daneben die Deutschnationalen für eine Antwort ohne konkrete Form sind, ist bereits kein Geheimnis mehr.

### Angebliche französische „Vorbereitungen“

London, 25. April. Reuters meldet aus Paris: Frankreich fordere als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen, daß Deutschland von seiner Politik des passiven Widerstandes vollkommen ablässe.

In dieser Form scheint die Neutermeldung irreführend, zum mindesten unbestimmt. Vielleicht soll es ein Versuch sein, die französische Regierung zu stellen eine derartige „Vorbereitung“ wirklich stellen wollen, ist noch sehr abzuwarten. Bisher muß man es bezweifeln. Sollte aber doch damit gespielt werden, so müßte man von vornherein erklären, daß sich Frankreich zugleich verpflichten müßte, das Ruhrgebiet dann unter allen Umständen zu räumen. Da das nach spannungsvollen Erklärungen Poincarés und Beschlüssen seiner und der belgischen Regierung nicht geschehen soll, im Gegenteil die Belegung bis zur Beachtung des letzten Reparationsbessers aufrechterhalten werde, so ist die „Vorbereitung“ hinfällig. Was zum Vorliegen sicherer Erklärungen lohnt es nicht, darüber zu zweifeln.

### Ein Dolchstoß gegen Poincaré

Paris, 25. April. Der Generalrat des Departements Doubs hat eine gegen die Außenpolitik der Regierung gerichtete Resolution angenommen. Bei der Abstimmung entzweit sich der anwesende Präsekt. Die Entschlieung geht davon aus, daß das sichere wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs nur durch eine auf den endgültigen Frieden und die vollkommene Währungsrunderstellung zu erzielen sei. Sie bedauert, daß die Regierung sich habe zu Handlungen hinreizen lassen, die die internationale Lage diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich komplizieren und die Erfüllung der berechtigten Reparationsansprüche Frankreichs hinauszögern. Der Generalrat stellt fest, daß die ersten Folgen der Durchbrechung sich bereits zeigten, und zwar in der Meinungsverschiedenheit mit Frankreichs Alliierten, in einer ungeheuren Erhöhung der militärischen Ausgaben und einer Ausdehnung der Militärbedienstelt, ganz zu schweigen von der Verteuerung der Lebenshaltung sowie den knapp werdenden Brennstoffen. Der Generalrat richtet die Aufforderung an die Regierung, vernünftigen Vorschlägen Gehör zu geben, um, wenn direkte oder durch Vermittlung der Alliierten Frankreichs veranlaßte Verhandlungen eingeleitet, sie zu prüfen. Die Vorschläge müßten sich auf drei Ziele erstrecken: 1. Nahe Regelung des Wiederanbaues der zerstörten Gebiete. 2. Einer Friedensgarantie in Form eines Paktes, dessen Durchführung der Kontrolle des Völkerbundes zu unterstellen wäre, der ein Angriffsverbot enthält, und ferner eine Entmilitarisierung einer breiten Zone auf beiden Seiten der Grenzen vorsehe. 3. Revision der Friedensverträge. Der erste Teil der Entschlieung bis zu der Stelle, wo die Regierung aufgefordert wird, sich zu Verhandlungen bereit zu halten, wurde mit 15 gegen 14 Stimmen, der Rest mit 26 gegen 2 Stimmen angenommen.

Dieser Protest wird der Gewaltpolitik Poincarés sehr unbecommen werden und weitere Wirkungen und Folgen haben. Die Generalräte sind die Vertretungen der französischen Bezirke (Provinzen) und nicht so leicht zu ignorieren. Schon wird gemeldet, daß auch der Generalrat von Grenoble Opposition machte und eine einfache Tagesordnung nur mit 17 gegen 16 Stimmen bei sieben Enthaltungen mühsam zustande brachte, die man als Vertretungsvotum ausgab. Das zeigt, daß die Opposition gegen Poincarés Politik im Wachsen ist. Da das Parlament verjagt und noch für zwei Wochen stumm gemacht ist, wird die Bewegung draußen im Volke wachsen. Wenn auch bestimmte Hoffnungen auf die Einkehr der Vernunft verfaßt sind, so behält man doch sichere Zeichen, daß die festen Träger des Poincaréschen Regiments nicht unerschütterlich bleiben. Vielleicht geht es mit dem Gewaltregiment einmal jämmerlich abwärts, als man heute vermutet. Das französische Volk wird durch die Todsünden und Folgen der Poincaréschen Politik belehrt.

### Gegen die Generalfreireitereien

Dortmund, 25. April. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß die Versuche der Kommunisten, Unionisten und Sozialisten, die Abperrung von Koks- und Kohlenhalben durch die Franzosen den Generalfreireit bewirklichen zu wollen, das Ziel verfolge, den passiven Widerstand zu einem aktiven zu machen, wie auch die Vorgänge in Rülheim und Essen bewiesen. Der Widerstand ist bisher nur deshalb so erfolgreich gewesen, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt worden sei. Im Augenblick, wo der Generalfreireit über gewalttätiges Vorgehen einsetzt, sei der Widerstand verloren. Der Generalfreireit oder gewalttätiges Vorgehen nütze nur dem französischen Militarismus und Imperialismus. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, das Ansehen der Kommunisten und Sozialisten zu zerkümmern und nach wie vor nur den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen zu folgen.

### Neue kommunistische Parolen

Essen, 25. April. Der von den Kommunisten in Essen einberufene Betriebsrätekongreß nahm (nach einer Meldung der Roten Fahne) eine Hauptresolution an, durch die die Bergarbeiter aufgefordert werden, geschlossen sich ihre Deputatskloße zu holen, ohne darum die französischen Offiziere um Erlaubnis zu bitten. Die Resolution fordert ferner die Verteilung der Kohlenhalben an die werktätige Bevölkerung. Keine Arbeit unter Dejonetten, keine Arbeit, wenn die Möglichkeit besteht, daß die Kohle in die Hände Poincarés fällt. Es wurde eine Deputation gewählt, die mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten soll.

### Protest gegen die Verschärfung der Not

Dortmund, 25. April. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben an General Deponite ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Verschärfung der Not protestiert wird. In dem Protest heißt es: Durch die Behinderung des Verkehrs im besetzten Gebiet erhöht die Bevölkerung, die im unbesetzten Teile Deutschlands Verwahrlosung hat, ihren gesunden Lebensmittel, Lebensartikeln und andres nicht mehr. Die Ernährung wird dadurch erheblich erschwert. Die Not wird größer und das große Sterben nimmt zu, da auch der Verkehr mit Heilmitteln nicht erlaubt ist. Die familiären und gesellschaftlichen Beziehungen sind durch das Kulturwidrige Verbot unterbrochen. Gegen diese Eingriffe in den Verkehr erheben wir schärfsten Protest. Wir erhoffen die sofortige Aufhebung dieser Maßnahmen.

### Zoller Kartoffelwucher

Den Kampf gegen die Getreidewirtschaft haben unsere Agrarier glücklich und siegreich überstanden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn ihnen jetzt der Kampf schließt. Die Regierung Cuno scheint ihnen Bürgschaft zu sein, daß ihre Zeit gekommen ist, um weiter zu fischen. Also unternehmen sie einen neuen Vorstoß zur Befestigung ihrer nimmerkalteten Profitgier. Es bestätigt sich nämlich das Gerücht, daß der Reichslandbund und eine Reihe anderer agrarischer Organisationen in trautem Vereine an die Regierung heranzutreten beabsichtigen oder schon heranzutreten sind, um eine Ausfuhr nicht nur für Saatkartoffeln, sondern auch für Speisekartoffeln durchzusetzen. Hier winkt dank der reichen Ernte des Vorjahres den Landwirten noch ein reichlicher Gewinn.

Die Freigabe der Speisekartoffeln zur Ausfuhr würde ein starkes und roches Ansteigen der Kartoffelpreise im Inlande nach sich ziehen. Die Kartoffel ist heute das wichtigste Nahrungsmittel großer Volkschichten, die insofern durch die Genehmigung einer Ausfuhr in größerem Grade gedrängt würden. Ob das Reichslandwirtschaftsministerium, das sich unter seiner neuen Leitung bisher als Reichsinstitut für landwirtschaftliche Gemeinnützigkeit hat, auch den neuesten Wunsch der Agrarier erfüllen wird, ist noch nicht sicher, aber zu befürchten. Gegen den erneuten Versuch unerschämten Kartoffelwuchers muß mit allen Kräften mobil gemacht werden.

## Beginnende Einkehr

Von Ernst Reuter.

Der nachstehende Artikel, den der Sozialdemokratische Parliamentsklub verbreitet, beleuchtet den Hiß, der in der R. P. D. immer deutlicher sichtbar wird. Genosse Reuter gehörte früher zur S. P. D. und kam mit der Zeit zur Sozialdemokratie. Er kennt also die Psychologie des Antisozialismus. Das Bild, das er von der R. P. D. entwirft, erscheint uns richtig, klar und nüchtern gezeichnet. Sie stimmen ihm namentlich in der Auffassung bei, daß es der Sozialdemokratie darauf ankommen muß, die Entwicklung der Kommunisten zu sozialistischem Denken und Handeln im Interesse der gesamten Arbeiterchaft begünstigen und beschleunigen zu helfen.

Redaktion der D. V. M.

Was man an zahllosen Einzelheiten schon im vorigen Jahre hätte beobachten können, zeigte sich auf dem Leipziger Parteitag der Kommunisten als nicht mehr wegzuleugnende Tatsache: im deutschen Kommunismus schwindet die Einheitlichkeit der politischen Auffassung. Auch diese Arbeiterpartei, die nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki geglaubt hatte, durch ihre 21 Bedingungen einen unzertrennbaren Schutzwall gegen jeden Opportunismus aufzurichten zu können, kann sich vor reale Todsünden gestellt, nicht mehr den Gesetzen entziehen, unter denen allein ein politisches Wirken der Arbeiterchaft möglich ist: der Anerkennung politischer und wirtschaftlicher Kräfte, die stärker sind als der höchste Wille und die ständige Eingabe an schöne Ideale.

Der Hiß, der sich seit dem Parteitag in der deutschen Kommunistischen Partei aufgetan hat, ist kurz, nach unserer Meinung unüberbrückbar, wenigstens vor jeder Illusion auf eine nahe bevorstehende Spaltung oder einen Zerfall der Partei warnen möchte. Organisatorisch hat die R. P. D. eine gewisse Konsolidierungsperiode durchgemacht, und Wirtschaftskrisen, die im Verfolg der Lösung der Reparationsfragen kaum zu umgehen sein werden, bringen ihr Zulauf aus den politisch weniger geschulten und darum ungebildeteren Elementen. Der goldene Reif der russischen Millionenubventionen ist zudem ein nicht zu unterschätzendes Band, das selbst noch so widerstrebende Elemente zusammenhält. Auch die allgemeine Stimmung der Arbeitermassen gegen jede weitere Spaltung drückt auf die Sowjetkompagnie. Zu Wen ist der Konflikt im Rahmen der R. P. D. nicht. Er wird eine Zeit lang zu Kompromissen führen, wie man ihn jetzt zwischen der Zentrale und der Opposition geschlossen hat. Aber die gegenüberstehenden Denkweisen sind auf die Dauer miteinander unvereinbar. Es kann nur den Sieg der einen oder andern Richtung, oder das Auseinandergehen geben. Die Mehrheit der Partei steht in diesem Kampf noch auf Seite der Zentrale, der aggressive Geist und auch nicht zu überwindende organisatorische Trümmer sind bei der Opposition, die die wichtigsten Parteibeiräte beherrscht und in allen andern zureichend Fuß faßt.

Seit dem Parteitag hat sich der Kampf der beiden Gruppen verschärft, in dem gleichen Maße, in dem die Zentrale der R. P. D. in den wichtigsten Fragen eine immer deutlicher werdende Schwächung und Annäherung an die Taktik der Sozialdemokratie hat vornehmen müssen. Die demagogische Sprache der kommunistischen Presse kann darüber den tiefere blickenden Beobachter nicht hinwegtäuschen; sie soll zum Teil in den Augen der eignen Anhänger der Ansicht einer kontinuierlich kommunistischen Politik aufrechterhalten. In Sachen vollzog sich der erste Sündenfall. „Die Unterfristung Zeigners durch die Kommunisten ist eine stille Koalition, wie die stille Unterstützung der Birth-Regierung durch die U. S. R.“, erklärte Ruth Fischer als die Hauptwortführerin der Opposition vor den Chemnitzer Funktionären. Diese Unterstützung der sächsischen Minderheitsregierung schließt in sich die Anerkennung der Tatsache, daß sie für die Arbeiterchaft wertvoll ist, zweifellos wertvoller als eine bürgerliche Regierung. Damit gibt man zu, daß im Rahmen der bürgerlichen Demokratie für die Interessen der Arbeiterchaft gearbeitet werden kann und natürlich auch gearbeitet werden muß, daß also die Arbeiterchaft an der Erhaltung und dem weiteren Ausbau der Demokratie, ihrer Verteidigung gegen reaktionäre Angriffe im höchsten Maße interessiert ist. Man beginnt anzuerkennen, daß solche Positionen auch nicht leichtsinnig auf Ziel gesetzt werden dürfen, daß ihre Wirkungsmöglichkeit abhängt von der politischen und wirtschaftlichen Stärke im ganzen Reiche. Es tritt, ob man will oder nicht, an die Stelle der bloßen Demagogie die nüchternere Untersuchung gegebener Kräfteverhältnisse und Möglichkeiten und damit naturgemäß auch die Uebernahme der Verantwortung dafür, daß nicht alle Blütenträume der ersten Maienlage auf einmal reifen können. Ruth Fischer wies mit einem gewissen Recht darauf hin, daß damit die ganze bisherige Staatsauffassung der Kommunisten über den Saufen geworfen wird. Sie betont:

„Den Versuch, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie Politik im Interesse der Arbeiterchaft zu treiben, lehnen wir ab. Die Theorie — erst Demokratie, dann Diktatur (die sich nach der Auffassung der kommunistischen Revisionisten aus dem Kampf um die Verteidigung der Demokratie entwickeln soll, D. Red.) — verbietet die kommunistische Staatslehre. Wir ändern nicht, wenn wir die Spitze des Staates ändern. Wir müssen den bürgerlichen Staat geschlagen, ehe wir aufbauen können.“

Solche Auffassungen müssen bei der Entwicklung der Dinge in Sachsen zu einem unlöslichen Widerspruch mit den

Oberlausitz  
Waltunter  
Bautzen,  
Staatsbank  
Bautzen  
Theatergasse  
Kaufmanns-  
Meißen  
ere  
fen  
en- und  
elag  
um-  
age-  
pe  
strasse 2a  
nen  
Zeugen  
mer  
Hauptbht.  
s  
t  
17790  
t  
haben.  
X  
t  
G.  
rth  
ng  
koks  
19 508  
groß-  
ring  
Tago-  
Merken  
b. H.  
unagen  
m.  
H.  
Ver-  
allität